

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt

für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

Abonnement: vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.) **Insertionspreis:** die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pf. — (Total-Anzeigen nehmen entgegen die Verlagsexpedition und die Ausgabestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und 10 Pf.) — Unter Eingangspro 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — obigen Vororten, sowie sämtliche Postanstalten. (Postzeitungs-Preisverzeichnis für 1884 Nr. 1059. Annoncen-Kataloge für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

Verlags-Expedition: Wiegand Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Konkursverfahren

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Strumpfabrikanten Julius Wilhelm Lang, Inhabers der Firma Wilhelm Lang in Chemnitz, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben. Chemnitz, den 10. März 1884.

Königliches Amtsgericht.
Rohr.

Bekanntmachung

Am 10. d. Mts. feil 7 Uhr ist in dem durch Sachse's Ruhe stehenden Theile des Chemnitz'schen nachfolgend näher beschriebene Leinwand eines unbekanntes Mannes aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden. Es wird ersucht, alle Bekanntschaften, die zur Ermittlung und Feststellung der Persönlichkeit des Leinwandbesizers dienen können, angehtamt amher mitzuteilen.

Tageschronik

14. März.

- 1666. Kaiser Karl V. dankt ab.
- 1808. Klopstock gest.
- 1857. Der Sundgoll aufgehoben.
- 1898. Prinzessin Kugulina von Sachsen, Mutter der Armen u. Verlassenen. gest.
- 1874. Wähler gest.

15. März.

- 44. v. Chr. Julius Cäsar ermordet.
- 1498. Rückkehr des Columbus aus Amerika.
- 1529. Reichstag in Speier.
- 1806. Veder (Weltgeschichte für Kinder) gest.
- 1818. Therober Körner, Freiheitskämpfer.
- 1830. Paul Desse, gest.
- 1842. Gherardini gest.
- 1876. Der Gehalt des Präsidenten der Vereinigten Staaten um die Hälfte herabgemindert.
- 1877. Hungertopaus in Ober-Schlesien.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 12. März.

Berlin. Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist heute Nachmittag hier eingetroffen.

Wien. Der Kaiser hat auf seine beabsichtigte Reise nach Rom verzichtet, nachdem in einem Bistular des Vatikan die Erklärung vorliegt, daß der Papst katholische Fürsten nicht empfangen, wenn dieselben gleichzeitig den König von Italien besuchen.

Wien. Der Generalrechner der Linken, Herbst, erklärt, daß die Deutschen durch die Behandlung seitens der Majorität und der Regierung dazu gedrängt werden, den Reichsrath zu verlassen. Rechner erwähnt, der Kammerausschuß könne zu keinem Resultat gelangen, weil die Regierung die Vorlage der Strafrechtsakten verweigert und die Handelsministerialbeamten hindert, Anfragen zu machen. Die Deutschen haben die Herrschaft verloren, weil sie ihr nationales Interesse nicht höher stellen als das Staatsinteresse und der Expansivpolitik nicht Heeresfolge leisten wollten. Der Patriot müsse befragen: was soll aus dem alten Oesterreich werden? (Härmischer Beifall links). Der Generalrechner der Rechten, Mattusch, vertheidigte die Regierungspolitik.

Lyon. Das an den Grafen von Paris adressirte Paket, welches am Sonnabend als verbotlich nach dem Arsenal geschickt worden war, wurde von einem sächsischen Chemiker geöffnet. Derselbe konstatierte, daß das Paket sehr stark mit Dynamit gefüllt war, welches bereit verfertigt war, daß bei der Explosion desselben mehrere Personen hätten getödtet werden können.

Petersburg. Oberst Kaubars ist aus Sofia hier eingetroffen, um über die Lage in Bulgarien Bericht zu erstatten. Es verlautet, daß die Berichte desselben äußerst günstig aufgenommen wurde, da der alte Einfluß Russlands in Bulgarien als wiederhergestellt betrachtet werde.

Christiania. Nach dem „Morgenbladet“ bestimmte der König in der gestrigen Sitzung des Staatsraths, daß der verurtheilte Minister Selmer aus dem Ministerium auszuscheiden habe. Selmer hatte seit dem 1. März, wo das Urtheil dem Könige überreicht wurde, nicht mehr an den Sitzungen des Staatsraths theilgenommen.

London. Der „Daily News“ wird aus Suakin von heute Nachmittag gemeldet, daß 5000 Aufständische in Sicht sind und eine Schlacht unmittelbar bevorstehe.

Kairo, 13. März, Mittags. Nach einer Reutermeldung aus Suakin, Borm. 10 Uhr, begann bald nach Tagesanbruch die Schlacht. Der Feind wurde vollständig aus seinen Verschanzungen durch englische Infanterie und Artillerie verjagt.

Das Präsidententhum in Frankreich.

Es war voraussehen, daß in Frankreich alle diejenigen Prinzen, welche vermöge ihrer Blutsverwandtschaft mit den früheren Dynastien eine französische Kaiser oder Königin zu erben hoffen, nicht wenig die ruhigen Zuschauer auf dem Gebiete der französischen Republik wäreln, vielmehr offen oder geheim, je nach den Verhältnissen, ihre Präsidentenpolitik wieder herausstellen würden. Die früher viel genannten Prinzen von Orleans, der Herzog von Nemours und der Herzog von Chartres, beide bis vor Kurzem Offiziere in der französischen Armee und wegen ihrer Präsidentenschaft ihrer Stellen entbunden, haben sich allerdings mit ihrer alternativen Stellung begnügt und führen bis dato ein tadellofes Leben als Privatleute, bald in Paris, bald auf ihren ländlichen Besitzungen. Der Graf von Paris, Philipp von Orleans, und Chef der jetzt vereinigten Orléanisten und Legitimisten, hat es indessen für nöthig erachtet, seine passive Rolle aufzugeben und wenigstens in einem kleinen, noch und nach zu erweiternden Kreise Propaganda für sein Präsidententhum

Der Verstorbene war mittelgroß, etwa 50 Jahre alt, hatte vermuthlich Soldat, besaß gelbe Haare und war bekleidet mit weissem Hemd, anscheinend dunkelgrauer Hose, letztere in rindledernen hohen Schuhschellen steckend, blau gestrichelter Jacke und blauer Schärpe.

Chemnitz, am 12. März 1884.

Das Polizeiamt.
Scheidt.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute am 10. März 1884 eingetragen, daß die Kaufleute Herr Georg Gustav Albrecht Kraus und Herr Oswald Arthur Just in Chemnitz die Firma Otto Arndt beseßten von dem bisherigen Inhaber Herrn Otto Wilhelm Gustav Kraus zur Fortführung übernommen haben, künftighin jedoch Otto Arndt's Rechtskreis.

Chemnitz, am 10. März 1884.
Königliches Amtsgericht, Abtheilung A.
Rohr.

Erledigt

hat sich die am 29. November 1882 erlassene, am 12. Januar 1883 erneuerte Vorladung des Kommiss Hermann Fährle aus Frankenstein.

Chemnitz, den 10. März 1884.
Die K. Staatsanwaltschaft.
Scheidt.

Gesucht

werden der Damenschneider Friedrich Richard Cwinger von hier und der Handarbeiter Friedrich Otto Walsch aus Eudmannsdorf zur Vernehmung über Anzeigen.

Im Betretungsfalle wird um vorläufige Festnahme und Zuführung an das nächste Amtsgericht gebeten.

Chemnitz, am 10. März 1884.
Der Königliche Kutschnantw.
J. N. von Schnorr.

zu machen. Dazu kommt, daß die Orleans sehr reich sind, glänzende Salons in Paris halten und Gold in Fülle und Fälle sehen lassen, welcher Umstand natürlich eine gewaltige Anziehungskraft auf die höheren Schichten der Pariser Gesellschaft ausübt und allmählich dazu beitragen würde, den Grafen von Paris mit einem gewissen Nimbus zu umgeben.

Aber die französischen Republikaner von heute sind nicht die vertrauensseligen Bourgeois zur Zeit der Napoleone, sondern sie sind jetzt sehr misstrauisch und sehen sehr scharf auf alle die Gefahren, welche ihrer Republik drohen. Außerdem wachsen auch die Radikalen mit ganz besonderer wüthender Hochsamkeit, wie weiland der Höllenhund Cerberus am Eingange der Unterwelt, vor dem Kapitot der Republik und nöthigen die Regierung fortwährend, ein Auge auf die Prätextenden zu richten. So ist es denn geschehen, daß auf Antrieb des Chefs der öffentlichen Sicherheit in Frankreich neuerdings alle orléanistischen Prätextenden einer geheimen Inquisition unterworfen werden, deren Zweck hauptsächlich darin gipfelt, zu erfahren, ob die Orléanisten seit dem Tode des Oberhauptes der Bourbonnen, des Grafen Chambord, dessen päpstliche Erbschaft sie angestritten, ihre Thron gelübt haben. Sollte sich bei der noch schwebenden Untersuchung irgend etwas Bedenkliches herausstellen, so steht dem Grafen von Paris Gefängnis oder Verbannung in Aussicht, wenigstens betonen das die republikanischen Blätter. Eine solche Ausnahmemaßregel gegen einen französischen Unterthan bedarf allerdings der Zustimmung der Kammer, aber die republikanischen Zeitungen zweifeln nicht daran, daß Senat wie Deputirtenkammer ihre Zustimmung ertheilen werden, wenn ihnen der Beweis erbracht wird, daß der Graf von Paris mit der Organisation der monarchischen Elemente umgehe.

Wahrscheinlich wird sich die Inquisition auch auf „Non-Blon“, den Prinzen Louis Bonaparte, erstrecken, der neuerdings wieder seine famosen Ausrufer und Deklamationen an die Souveränität des französischen Volkes erdienen ließ und schlaw wie der Wolf im Schafspelze ausrief: „Niemand dürfe das Volk verzwölgen“. Derselbe Sprüche, die einst Napoleon III. führte, bis er bald darauf die Volksvertreter einsperrte und sich zum Kaiser machte.

Vom sächsischen Landtage.

In der Dienstags-Sitzung der zweiten Kammer fanden zu nächst einige Differenzpunkte mit der ersten Kammer ihre Erledigung. Auf Antrag der Gesetzgebungs-Deputation trat die Kammer dem von der ersten Kammer zu dem Gesetze über die gewerksmäßige Ausübung des Fußbeschlages betreffs der Prüfungsabnahme gedruckten Wunsch bei, daß die Anforderung auf zwei nach den neueren Begriffen der Wissenschaft und der Technik gesammte Eisen, von denen das eine für den Vorderfuß und das andere für den Hinterfuß bestimmt ist, gestellt werde. Bezüglich des Gesetzesentwurfes über die Einführung eines Staatsschulbuches, Ref. Speck, schließt sich die Kammer theils den von der ersten Kammer gefassten Beschlüssen an, theils bleibt sie bei den von ihr gefassten Beschlüssen stehen; doch sind die Differenzpunkte nicht schwerwiegender Art und werden sich auf dem Wege des Vereinbarungsverfahrens leicht beseitigen lassen. Die Kammer erledigte sodann eine Anzahl Petitionen.

Die erste Kammer beschäftigte sich am Dienstag mit der Beratung über den Etat des Ministeriums des Innern, und gab zuvor in einstimmigem Beschlusse ihre Zustimmung zu der Bewilligung einer Ehrengabe von 30,000 Mark an Professor Dr. Johannes Schilling. Was das Budget des Ministeriums des Innern anlangt, so wichen die Anträge der Deputationen nur in einem Punkte von den Beschlüssen der zweiten Kammer ab, insofern nämlich letztere beschloßen, die Regierung zu ersuchen, die Amtshauptmannschaft Meßsen auf rechtsseitiges Gebiet, also nach Borsdorf oder Gölln zu verlegen, wenn sich daselbst ein geeigneteres Grundstück als in Meßsen erwerben lasse, während die Deputation beantragt, diesen Beschluß abzulehnen und dafür zu beschließen, das Verrechnungsgeld zum Ankauf eines Grundstücks und Errichtung eines Dienstgebäudes für die Amtshauptmannschaft Meßsen auf dem künftigen Holzbofe oder auf einem anderen sonst hierzu geeigneten Platze innerhalb der Stadtflur Meßsen unter Weglassung eines größeren Verrechnungsgeldes für die Bezirksversammlung (150,000 Mk.) zu bewilligen. Diefem Deputationsantrage stimmt die Kammer bei, und es wurden überhaupt sämtliche Positionen des Etat gemäß den Deputations-Anträgen genehmigt.

In den Deputationen beider Kammern haben die Zwischenhandlungen beider Kammern eine Vereinigung in der abweichenden Kammerbeschlüssen begonnen. Ueber die Resultate dieser Vereinigungs-Verfahren bezüglich des Gesetzesentwurfes über die amtliche Verkündung allgemeiner Anordnungen der Verwaltungsbehörden, berichtet in der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer Abg. Dpitz. Nach diesem Referat haben die Verhandlungen insofern zu einem befriedigenden Resultat geführt, als die gegen die Beschlüsse der zweiten Kammer erhobenen Bedenken beseitigt worden. Betreffs der Petition des Restaurateurs Rebe in Orléanisch um Ertheilung einer Schank-Kon-

zeßion, welche die Erste Kammer auf sich beruhen gelassen, die Zweite dagegen der Regierung zur Kenntnisaahme übergeben hatte, hat jedoch, wie Sekretär Knerst berichtet, keine Einigung erzielt werden können. Die Sitzung währte nur eine Viertelstunde.

Nach die Erste Kammer beschäftigte sich gestern mit der Bericht-erstattung über die Resultate des Vereinbarungsverfahrens zwischen beiden Kammern. Zuvor beschloß die Kammer gemäß dem Deputationsantrag, Ref. v. Herber, den Beschlüssen der zweiten Kammer betreffs des Ankaufes eines Grundstücks für die sächsische Gewandtschaft in Berlin beizutreten. Ebenso genehmigt sie die von der zweiten Kammer bereits bewilligten Postulate für die Verzinsung der Staats- und Finanzhauptkassenschulden und für die Tilgung der Staatsschulden (Ref. v. Friesen). Graf Hohenhausen berichtet sodann über die Zwischenverhandlungen bezüglich der Petition des Stadtrathes zu Döbichau über die Handhabung der Kircheninspektion, deren Ergebnis gewesen, daß die Deputation der zweiten Kammer dem Beschlusse der ersten Kammer, die Petition zur Kenntnisaahme zu überweisen, beigetreten ist. v. Beschwitz theilt mit, daß bezüglich der Petitionen der Landgemeinde Großschörsdorf und des Stadtrathes zu Meusene um Abänderung der Landgemeindeg. resp. Städteordnung eine Einigung nicht zu erzielen gewesen sei. (Die Erste Kammer hatte die Petitionen auf sich beruhen lassen, die Zweite dagegen der Regierung zur Erwägung empfohlen.) Schließlich berichtet noch v. Schönberg-Neckritz, daß sich die Deputation der zweiten Kammer dem Beschlusse der ersten Kammer, dem früheren Rittergutsbesitzer Hensch noch eine nachträgliche Entschädigung von 6000 Mark zu gewähren, angegeschlossen habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Der deutsche Kronprinz ist gestern Abend zum Empfang des Prinzen Heinrich nach Kiel abgereist. Von Kiel aus wird derselbe mit Prinz Wilhelm, der bereits vorgestern Abend nach Kiel vorangereist ist, dem heimkehrenden Sohne des Friedrichs-ort entgegenfahren.

Auf die Anregung Bremens wegen Eintritts in den Zollverband ist die Antwort der Reichsregierung eingetroffen. Diefelbe steht einem förmlichen Antrage von Seiten Bremens entgegen. Verhandlungen wie bei Hamburg werden abgelehnt.

Der Ausschuß der kirchlichen Konferenz für Mecklenburg-Strelitz hat sich wieder gegen die Zivilische ausgesprochen. In Ausführung eines von der vorjährigen Konferenz gefassten Beschlusses hat derselbe an den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, an den Reichskanzler und an den Bundesrath Petitionen um Einführung der fakultativen anstatt der obligatorischen Zivilische gerichtet.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für das Jahr 1879/80 ohne Debatte der Rechnungs-Kommission überwiesen und sodann die allgemeine Rechnung über den Reichshaushalt für 1880/81 beraten. Hierbei bedauerte Abg. Ricker, daß das Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches noch immer ausstehe und daß die dem Reichstage zugegangene Allgemeine Rechnung, sowie an die beigegebenen Notate der Oberrechnungskammer mannigfache Ausstellungen, aus welchen er die Forderung herleitete, die Rechnungs-Kommission möge künftighin sich nicht mehr damit begnügen, wenn sie die gegen Gesetz und Reglement gemachten Ausgaben materiell für angemessen erachten konnte, diese zu genehmigen, sondern direkt und formell die Forderung erheben, daß die Regierung Indemnität nachsuche. Die Vorlage wurde demnach an die Rechnungs-Kommission verwiesen, ebenso die Rechnung der Oberrechnungskammer für das Etatsjahr 1881/82 bezüglich desjenigen Theiles, welcher die Reichsverwaltung betrifft. Die Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen mit dem Nachweise der Etatsüberschreitungen und der außeretatmäßigen Ausgaben für das Etatsjahr 1882/83 ging in die Budgetkommission. Ohne Debatte wurde die Uebereinkunft mit Luxemburg wegen gegenseitiger Zulassung der in den Grenzdistrikten wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis in erster und zweiter Beratung erledigt. Letzter Gegenstand der Tagesordnung war die Beratung des Gesetzesentwurfes über den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren.

Wie die „Nat. Ztg.“ vernimmt, habe Gsprediger Stöcker, welcher seine Agitationen auch auf Polen ausdehnen wollte und für die nächsten Tage seine Ankunft in Lodz in Aussicht stellte, von der russischen Behörde einen Binst erhalten, lieber zu Hause zu bleiben, da die russische Regierung seine Agitation in Polen nicht dulden möchte.

Oesterreich-Ungarn. Die Generaldebatte in österreichischen Abgeordnetenhaus über das Budget, welche das Haus v. in vorigen Sonnabend bis zum Mittwoch in Anspruch nahm, hatte das mit den Etatsdebatten in anderen Ländern gemeinsam, daß in ihr von allem Möglichen, nur nicht vom Budget, gesprochen wurde. Fast alle inneren Fragen, welche zur Zeit das Donaufürstenthum bewegen, kamen hierbei zur Sprache und der Nationalitätenstreit spielte unter ihnen